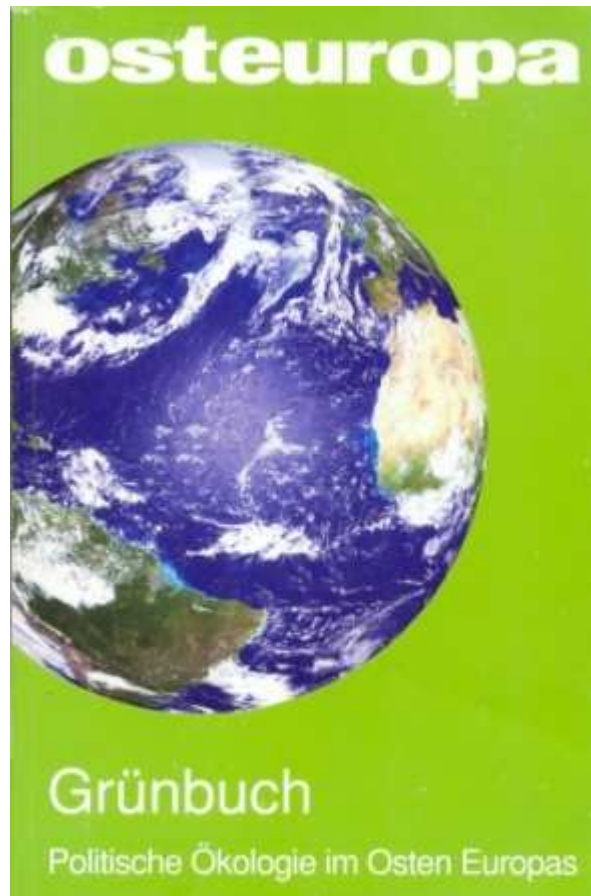


Kuljasova A.A. Russlands globaler wald: waldzertifizierung als schutz vor raubbau // OSTEUROPA 58. 4-5 Jg., 2008. s. 439-446.



Antonina Kuljasova

Russlands globaler Wald

Waldzertifizierung als Schutz vor Raubbau

Die Globalisierung hat die Taiga erreicht. Das Holz der borealen Wälder Russlands ist auf dem Weltmarkt ein begehrtes Gut. Wo der Staat schwach ist und die Korruption blüht, sind einzigartige Urwälder von Raubbau bedroht. Die Öffnung der Grenzen hat aber auch positive Seiten. Multinationale Holzkonzerne stehen unter der Beobachtung internationaler NGOs. Auch nehmen ihnen viele Kunden nur dann Holz ab, wenn sie mit einem Zertifikat nachweisen können, dass der Einschlag ökologische und soziale Nachhaltigkeit gewährleistet. Diese Waldzertifizierung dient nicht nur dem Naturschutz, sie stärkt auch die Zivilgesellschaft in Russland.

Die vielfach beschriebenen ökonomischen, sozialen und ökologischen Risiken der Globalisierung bedrohen längst auch die russländischen Wälder. Am unmittelbarsten machen sich die wirtschaftlichen Aspekte bemerkbar: Die Wertschöpfung in der russländischen Forstwirtschaft geht zurück, die holzverarbeitende Industrie hat einen Teil ihrer Absatzmärkte verloren, und große Mengen von Holz werden illegal exportiert, insbesondere nach China, in die Türkei und nach Finnland.¹ Als Folge werden speziell grenznahe Waldbestände ohne Rücksicht auf geschützte Baumarten abgeholzt und die lokale Bevölkerung wird in die illegalen Holzgeschäfte hineingezogen, während in der traditionellen Waldnutzung Arbeitsplätze verlorengehen. Allerdings sind die Gründe hierfür nicht nur in äußeren Faktoren, sondern auch in Russland selbst zu suchen, etwa in der Umverteilung von Eigentum nach dem politischen Umbruch, in der zunehmend unübersichtlichen Forstgesetzgebung sowie der Umstrukturierung der staatlichen Forstverwaltung.²

Andererseits übersieht die Globalisierungskritik oft, dass die beschriebenen negativen Folgen vor allem dort auftreten, wo die staatlichen Aufsichtsbehörden, die für die Einhaltung der neuen Umweltnormen zuständig sind, geschwächt oder kriminell unterwandert sind. Umgekehrt sind dort, wo eine durch die neuen globalen Realitäten diktierte ökologische Modernisierung stattfindet, eine Vielzahl positiver Momente auszumachen.

Antonina Kuljasova (1968), Dr. oec., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für unabhängige soziologische Forschung (CIRS), St. Petersburg

¹ A.I. Pisarenko, Valentin Strachov: *Lesnoe chozjajstvo Rossii: ot pol'zovanija k upravleniju*. Moskva 2004, S. 274–294.

² Antonina Kuljasova, Ivan Kuljasov: *Restrukturizacija gosudarstvennych prirodoochranitel'nych organov*, in: Marija Tysjačnjuk, Antonina Kuljasova, Ivan Kuljasov (Hg.): *Ochranana vodosborov v Rossii i SŠA*. Vologda 2001, S. 10–13.

chen.³ Globalisierung erzeugt nicht nur Probleme für Umwelt und Gesellschaft, sondern fördert auch Prozesse, durch die diese Probleme bewältigt werden können.

Um abzuschätzen, welche dieser Globalisierungsfolgen die Entwicklung der russländischen Waldbestände stärker beeinflussen, gilt es zunächst, die Praxis des illegalen und illegitimen Holzeinschlags zu untersuchen ebenso wie mehr oder weniger erfolgreiche Versuche, diesem entgegenzuwirken. Welches Ausmaß hat der illegale Holzeinschlag, was sind die sozialen und ökologischen Folgen vor Ort? Welchen Nutzen hat die Einführung globaler Praktiken nachhaltiger Waldnutzung in Russland, insbesondere der Waldzertifizierung nach den Vorgaben des *Forest Stewardship Council* (FSC)?⁴

Illegaler und illegitimer Holzeinschlag

Der Begriff des „illegalen Holzeinschlags“ wird unterschiedlich definiert. In Russland versteht man darunter üblicherweise einen Holzeinschlag ohne offizielle Genehmigung („wilder Einschlag“), aber auch einen genehmigten Holzeinschlag, wenn bei der Ausstellung der Genehmigung selbst oder bei der Durchführung gegen geltende Gesetze verstoßen wurde – etwa wenn nicht oder nicht nur innerhalb des angegebenen Reviers geschlagen wird, wenn die festgelegte Menge überschritten wird oder wenn andere als die angegebenen – gegebenenfalls auch geschützten – Baumarten geschlagen werden. Diese Interpretation wird von Greenpeace geteilt⁵ und kommt der Definition der russländischen Justizbehörden sehr nahe.⁶ Der WWF gibt folgende Definition: „Unter illegalem Holzeinschlag versteht man die Ernte, den Transport, die Verarbeitung, den Kauf oder Verkauf von Holz unter Umgehung der staatlichen oder regionalen Gesetzesvorschriften.“⁷

Man unterscheidet im Allgemeinen drei Arten des illegalen Holzeinschlags: wilde Einschläge durch die örtliche Bevölkerung für deren Eigenbedarf (Brennholz, Bau- und Reparaturmaterial etc.), Holzeinschlag zu kommerziellen Zwecken durch sogenannte „Schwarzfäller“, wie er vor allem im Fernen Osten und in Sibirien, im Kaukasus und in geringerem Umfang im Nordwesten Russlands betrieben wird,⁸ und schließlich Fällungen von nicht oder falsch registrierten Holzmengen, die formal zwar genehmigt sind, tatsächlich aber gegen geltende Vorschriften verstoßen. Die Gesamtmenge des auf diese Weise illegal geschlagenen Holzes entspricht 25 Prozent des jährlich offiziell in russischen Wäldern gewonnen Holzes.⁹

Ein aktuelles Beispiel für den ersten Typus ist der Fall eines weitab von allen Verkehrsverbindungen gelegenen Dorfes im Gebiet Archangel'sk, dessen Bevölkerung gemein-

³ Ivan Kuljasov: *Èkologičeskaja modernizacija: teorija i praktiki*. Sankt-Peterburg 2004.

⁴ <www.fsc.org>; Russisch: Lesnoj popečitel'skij sovet (LPS); <www.fsc.ru>.

⁵ Aleksej Jarošenko, Michail Krejndlin: *Nezakonnnye rubki v Rossii – situacija na načalo 2008 goda*, S. 1; <www.greenpeace.org/raw/content/russia/ru/press/reports/1735792.doc>.

⁶ Beschluss Nr. 14 des Plenums des Obersten Gerichts der Russischen Föderation vom 5.11.1998 „Über die gerichtliche Anwendung der Gesetzgebung zu umweltrechtlichen Verstößen“; <www.supcourt.ru/print_page.php?id=971>.

⁷ <www.wwf.ru/about/what_we_do/forests/illegal>.

⁸ Zu den wichtigsten Absatzgebieten zählen China und die Türkei, vor allem von Sankt Petersburg aus wird auch nach Westen exportiert.

⁹ Siehe den Beitrag von Aleksej Jarošenko in diesem Band, S. 107–115, hier S. 111f.

sam mit einem lokalen Agrarunternehmen im Winter 2008 ungenehmigt Holz für den Eigenbedarf schlug. Das Dorf hat ca. 100 Einwohner, die Fällungen dienten ausschließlich der Versorgung mit Brennholz und mit Baumaterialien für anfallende Reparaturen. Früher konnten die örtlichen Behörden der Bevölkerung nach eigenem Ermessen Waldstücke für den Eigenbedarf zur Verfügung stellen, nach dem 2006 verabschiedeten neuen Forstgesetz dagegen müssen sämtliche Waldstücke, die zum Einschlag freigegeben werden, ein Ausschreibungsverfahren durchlaufen. Die ohnehin schwierigen und verwirrenden Verfahren, über die die lokale Bevölkerung Reviere für die Gewinnung von Brennholz und Baumaterialien erhalten kann, sind dadurch noch komplizierter geworden.

Im Fall des erwähnten Dorfes war der Antrag für das Revier bei den Behörden etwa ein Jahr lang liegengeblieben und bis zum Winter 2008 wegen der veränderten Gesetzeslage nicht bearbeitet worden. Da der Weg zum Revier nur im Winter befahrbar ist und wegen ökologischer Auflagen auch nur dann genutzt werden darf, begannen das Unternehmen und die lokale Bevölkerung nun in den Revieren, auf die der Antrag gestellt worden war, Holz zu schlagen, um die Brennholzversorgung für das nächste Jahr zu sichern. Erst im März erfolgte endlich die Auktion, ein Revier wurde dem Unternehmen zugeschlagen und auch die Bevölkerung erhielt ein Teilstück – ihr Vorgehen wurde also nachträglich legalisiert.

Moralisch ist dagegen wenig einzuwenden, da den Betroffenen praktisch keine andere Wahl blieb, als gegen geltendes Recht zu verstoßen, doch gleichzeitig wurde dadurch ein Präzedenzfall für die straflose Verletzung der Forstgesetze und Wahrnehmung des tradierten Rechts auf Waldnutzung geschaffen. In diesem Fall war es nicht nur der Behördenschlendrian, sondern auch die Reform der russländischen Forstgesetzgebung, die letztlich den illegalen Holzeinschlag nach sich zog.

Dass jedoch auch die alte Gesetzgebung ihre Schwächen hatte, zeigt ein anderes Beispiel aus dem Gebiet Kaluga, wo ein Privatunternehmen um die Jahreswende 2007/2008 in unmittelbarer Nähe einer kurz zuvor gegründeten ökologischen Siedlung mit rund 100 Einwohnern umfangreiche Fällungen vornahm. Der Einschlag erfolgte im Auftrag des öffentlichen Forstbetriebes, war durchweg als Kahlschlag zur Waldgesundung qualifiziert worden und schien formal legal zu sein. Als die Dorfbewohner jedoch sahen, wie 300 Meter von ihren Häusern entfernt absolut gesunder Wald abgeholzt wurde, begannen sie an der Rechtmäßigkeit dieses Einschlags zu zweifeln. Der Wald hatte für sie einen erheblichen wirtschaftlichen Wert (zum Ernten von Pilzen und Beeren, Heil- und Küchenkräutern sowie von abständigem Holz und Windbruch als Brennholz) und wurde intensiv als Erholungsgebiet genutzt. Sie waren deshalb nicht bereit, sich damit abzufinden, dass eine staatliche Behörde mit Hilfe einer Privatfirma diesen Wald einfach abholzte. Es kam zum Konflikt zwischen den Anwohnern und den Holzfällern, und im Ergebnis wurde der Einschlag schließlich eingestellt.

Zum Zeitpunkt dieses Einschlags war das alte Forstgesetz noch gültig, das es den Leschozen (staatlichen Forstbetrieben) erlaubte, die Einnahmen aus Fällungen zur Bestandspflege, unter anderem zur Waldgesundung, für sich zu behalten.¹⁰ Da die staatliche Finanzierung der Leschozen bei weitem nicht ausreichte, wurden oft auch solche Einschläge als Bestandspflege deklariert, die eigentlich kommerziellen Zwecken (und nicht selten auch der persönlichen Bereicherung der Leschozen-Leiter) dien-

¹⁰ Ebd., S. 114.

ten. Nach altem Recht waren solche Einschläge im Prinzip legal, allerdings konnte ihre Rechtswidrigkeit im Einzelfall auch nachträglich nachgewiesen werden.

Den Ausschlag für die Rettung des Waldes gab in diesem Fall das Engagement der Dorfbewohner und ihre ökologische Orientierung, vor allem aber der Umstand, dass einige von ihnen auch eine forstwirtschaftliche Ausbildung hatten und die Argumente des Leschok für den Kahlschlag zur Waldgesundheit daher als fachlich nicht haltbar einordnen konnten. Ein Teil der Siedler demonstrierte daraufhin gegen den Einschlag und behinderte gewaltlos das Abholzen der Bäume, andere schrieben Eingaben und sammelten Unterschriften, um bei verschiedenen staatlichen Forst- und Aufsichtsstellen, angefangen bei den öffentlichen Forstbetrieben auf Kreisebene bis hin zur Föderalen Agentur für Forstwirtschaft, Widerspruch anzumelden. Die Behörden überprüften die Sache, der Einschlag wurde als gesetzeswidrig erklärt und unterbunden: Wie sich herausstellte, waren die Einschlaggenehmigungen auf eine Vielzahl kleinerer Reviere ausgestellt, die in den Papieren wie vereinzelt Teilstücke erschienen. Wenn man sie jedoch auf der Karte zusammenlegte, ergab sich ein beträchtliches Gebiet von 10 bis 12 Hektar, das für den Einschlag bestimmt war.

Fälle wie diese sind für Russland typisch, allerdings gehen sie bei weitem nicht immer so glimpflich aus, zumal der Staat keineswegs immer auf der Seite des Waldes stand und steht. Mit dem Beitritt zu dem internationalen Regierungsabkommen *Forest Law Enforcement and Governance* (FLEG) im Jahr 2005 hat sich auch Russland strengere Standards zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags gegeben,¹¹ allerdings ist dieses Programm in Russland noch zu neu, um schon spürbare Wirkung zu zeigen.

Zu verwaltungs- oder strafrechtlich verfolgten illegalen Einschlägen wie den beschriebenen kommt außerdem noch ein weiterer Typus von Fällungen, der zwar aus Sicht des russischen Gesetzgebers in allen Aspekten legal ist, der aber nach Ansicht von internationalen NGOs den Prinzipien der nachhaltigen Waldnutzung oder der sozialen und ökologischen Verträglichkeit zuwiderläuft und daher als illegitim qualifiziert wird.¹² Dies gilt für den größeren Teil des Holzeinschlags in Russland.

Im Unterschied zum FLEG-Programm soll das System der freiwilligen Zertifizierung nicht nur den illegalen, sondern auch den illegitimen Holzeinschlag reduzieren. So gibt es nach der Klassifizierung des FSC sechs Arten von Wäldern mit hohem Schutzwert, die bei zertifizierten Unternehmen von einem Einschlag ausgenommen sein sollen.¹³ Ein Beispiel sind Einschläge in intakten Naturwäldern, die nach russischer Gesetzgebung völlig legal und aus Sicht der klassischen russischen Forstwirtschaft sogar notwendig sein können, wenn diese Wälder als überaltert, zu trocken, wirtschaftlich nutzlos oder brandgefährdet qualifiziert werden. Die internationalen Umwelt-NGOs hingegen messen dem Schutz solcher intakter Naturwälder mit einer

¹¹ <www.wwf.ru/about/what_we_do/forests/fleg/>. – Zur Umsetzung in Russland: <web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/TOPICS/EXTARD/EXTFORESTS/0,,contentMDK:20636566~pagePK:210058~piPK:210062~theSitePK:985785,00.html>. – Die 2005 verabschiedete Petersburger Erklärung ist einzusehen unter: <http://siteresources.worldbank.org/INTFORESTS/Resources/FLEG_brochure_Final.pdf>.

¹² Benjamin Cashor, Graeme Auld, Deanna Newsom: *Governing Through Markets: Forest Certification and the Emergence of Non-State Authority*. New Haven, London 2004, S. 15–20.

¹³ Rossijskij nacional'nyj ramočnyj standart dobrovol'noj lesnoj sertifikacii po scheme lesnogo popečitel'skogo soveta: Priloženie E, S. 67–73. <www.fsc.ru/doc/FSC-STD-RUS-01.doc>

Größe von über 50 000 Hektar größte Bedeutung für das ökologische Gleichgewicht und die Artenvielfalt auf unserem Planeten bei.

Auch ein Holzeinschlag ohne Rücksicht auf die Interessen und tradierten Rechte der lokalen Bevölkerung und indigenen Völker, den internationale NGOs als nicht ausreichend sozial- und umweltverträglich einschätzen, wäre aus der Sicht des russischen Gesetzgebers absolut legal. Die Zertifizierungsstandards des FSC berücksichtigen dagegen auch dieses Kriterium.

Zertifizierte Forstwirtschaft

Die Mechanismen der nichtstaatlichen freiwilligen Zertifizierung in der Forstwirtschaft sind entwickelt worden, um eine nachhaltige, sozial und ökologisch verträgliche Waldnutzung zu fördern.¹⁴ Weltweit gibt es eine Reihe von Zertifizierungssystemen, in Russland findet jedoch nur das des FSC Anwendung. Der FSC ist eine große internationale Nichtregierungsorganisation, in der 130 Mitgliedsorganisationen aus weltweit 30 Ländern zusammengeschlossen sind. Die Zertifizierung der Forstwirtschaft nach den Standards des FSC wird von Umwelt-NGOs sowie sozial- und umweltbewussten Teilen der Wirtschaft in Westeuropa und Nordamerika vorangetrieben.

Der FSC verlangt neben einer verbesserten Verwaltung des Forstsektors tiefgreifende Veränderungen in den ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Ansätzen zur Entwicklung der Waldgebiete. Zu seinen Standards gehören: umweltverträgliche Verfahren der Holzgewinnung, obligatorische Wiederaufforstung und Waldschutz, soziale Garantien für die Beschäftigten, Berücksichtigung der Rechte der lokalen Bevölkerung und der indigenen Völker, Beteiligung der Gesellschaft bei Entscheidungen zur Waldnutzung, die ihre Interessen berühren, Ausschluss jener Teile der Pachtreviere vom Holzeinschlag, in denen Wälder mit hohem Schutzwert stehen, darunter auch solche von sozialer, ökonomischer, kultureller, historischer oder religiöser Bedeutung für die indigene Bevölkerung. In den 1990er haben Holzexporteure und Verbraucher in der ganzen Welt sich die zehn globalen Prinzipien des FSC zu eigen gemacht, sie wurden somit faktisch zum internationalen Standard für Waldbewirtschaftung und Waldnutzung.¹⁵

In Russland wird Forstzertifizierung seit dem Jahr 2000 in folgenden Waldregionen praktiziert: im Nordwesten in den Gebieten Pskov, Novgorod, Archangel'sk, im Gebiet Leningrad (*Leningradskaja oblast'*), in den Republiken Karelien und Komi, in Sibirien und im Fernen Osten. Mit Stand vom April 2008 haben 62 Forstunternehmen Zertifikate für ihre Waldbewirtschaftung erhalten und 63 für die Produktkette ihres Holzes. Über 21 Millionen Hektar russländischer Waldflächen sind zertifiziert, das entspricht etwa 20 Prozent der weltweit zertifizierten Wälder.¹⁶

Konkret geht der FSC auf zwei Ebenen gegen illegalen Holzeinschlag vor: Zum einen zertifiziert er die Waldbewirtschaftung selbst. Dafür genügt es nicht, dass die zertifizierten Firmen die nationalen Gesetze einhalten und selbst keine rechtswidrigen Fäl-

¹⁴ Dara O'Rurke [Dara O'Rourke]: Global'noe i lokal'noe upravlenie: usilenie negosudarstvennych sistem regulirovanija truda. Sociologija i social'naja antropologija: Specvypusk. Tom 9. Sankt Peterburg 2006, S.159–206.

¹⁵ Ivan Kuljasov, Antonina Kuljasova, Svetlana Pčelkina: Regional'nye aspekty global'nogo processa lesnoj sertifikacii, in: Region: ekonomika i sociologija, 4/2005, S. 154–169.

¹⁶ <www.fsc.ru>.

lungen vornehmen, sie müssen vielmehr dafür sorgen, dass auf ihren Pachtgebieten auch kein illegaler Holzeinschlag von anderer Seite geschieht, was eine entsprechende Überwachung erfordert. Zum anderen verleiht der FSC auch Zertifikate für Produktketten. Die daran interessierten Unternehmen und ihre Abnehmer (Sägewerke, Zellulosewerke und andere Holzverarbeitende Betriebe) müssen die legale Herkunft allen ihnen gelieferten Holzes, des zertifizierten wie auch des nicht zertifizierten, nachweisen. So gewährleistet die Zertifizierung eine Kontrolle des Weges, den zertifiziertes Holz von der Gewinnung bis hin zur Herstellung des Endproduktes nimmt, es kann also kein illegal gewonnenes Holz untergemischt werden.

Dank des Einsatzes internationaler und russländischer NGOs sind inzwischen alle intakten Waldgebiete Russlands kartographiert, und viele Forstbetriebe nehmen solche Wälder den FSC-Forderungen zum Erhalt von Wäldern mit hohem Schutzwert entsprechend freiwillig vom Einschlag aus.

Ein erstes Beispiel dafür, wie das System der Zertifizierung eine nachhaltige Waldnutzung in Russland gefördert hat, ist die Unterzeichnung eines Holzeinschlag-Moratoriums für weitgehend intakte Wälder im Nordwesten der Russischen Föderation, vor allem im Gebiet Archangel'sk sowie den Republiken Karelien und Komi. Für den Erhalt solcher Wälder setzen sich Greenpeace International, aber auch einige regionale Umweltorganisationen ein, etwa *Serebrjanaja tajga* in der Republik Komi und *Spok* in Karelien.

In der Anfangszeit der FSC-Zertifizierung in Russland informierten die Prüferfirmen im Regelfall Greenpeace (die Umweltorganisation gehörte zu den standardmäßig zu befragenden interessierten Parteien) über die Zertifizierung eines Betriebs und holten Informationen über diesen ein. Falls auf den betroffenen Pachtgebieten intakte Naturwälder vorhanden waren, wandte Greenpeace sich daraufhin an das Forstunternehmen und schlug für die entsprechenden Waldstücke ein Einschlag-Moratorium vor. Dann folgten Verhandlungen, nach deren Abschluss für gewöhnlich von beiden Seiten ein Moratorium unterzeichnet wurde.

Seither hat sich die Lage merklich gewandelt: Es liegen Atlanten und Karten vor, die die intakten Wälder Russlands ausweisen, entsprechende Informationen sind unter den Prüfern und zertifizierten Firmen weit verbreitet, es existiert eine ausgearbeitete russländische Variante der FSC-Standards, und die zentralen Forderungen der Russländischen FSC-Arbeitsgruppe zum Erhalt von Wäldern mit hohem Schutzwert sind bekannt. Einige zertifizierte Unternehmen identifizieren inzwischen selbständig die auf ihren Pachtgebieten gelegenen Waldstücke mit intakten Wäldern und treten dann von sich aus an Umweltschutzorganisationen heran, um Vereinbarungen zum Ausschluss dieser Areale vom Holzeinschlag abzuschließen. In einigen Fällen kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Firmen und Umwelt-NGOs, in der Regel ließ sich aber ein Kompromiss finden.

So hat etwa eine zertifizierte Firma, die Teil einer internationalen Holding mit Sitz in Russland ist, ein Gebiet in der Pufferzone des Nationalparks von Vodlozer'e in Karelien (*Vodlozerskij nacional'nyj park*) vom Holzeinschlag ausgenommen. Ein anderes Beispiel ist ein für den Nationalpark *Onežskoe pomor'e* vorgesehenes Gebiet, das bis zur endgültigen Entscheidung über den Nationalpark an ein zertifiziertes Unternehmen verpachtet war, allerdings ohne Einschlaglaubnis. Das Unternehmen erklärte von sich aus, dass das Gebiet auch in Zukunft vom Holzeinschlag ausgenommen bleibe, auch falls der Nationalpark nicht eingerichtet würde. Beispiele dieser Art gibt es bei zertifi-

zierten Unternehmen inzwischen recht häufig. Das Forstunternehmen verbessert durch ein solches Vorgehen sein Image auf umweltsensiblen Märkten und bei umweltorientierten Endverbrauchern und kann sich besser vor Verbraucherboykotten schützen.

Auch Wälder mit hoher sozio-ökonomischer, kultureller oder religiöser Relevanz haben durch die Zertifizierung bessere Chancen, erhalten zu werden.¹⁷ So schloss ein Forstbetrieb, dessen Pacht im Gebiet Leningrad liegt, ein beträchtliches Waldareal in der Nähe einer Siedlung vom Holzeinschlag aus. Das Areal ist für die lokale Bevölkerung wegen der Pilz- und Beerenernte von größter Bedeutung. Initiator der Maßnahme war in diesem Fall die Prüferorganisation, die während der Grundbegutachtung der Firma nach FSC-Standards die interessierten Parteien befragt hatte. Die Bevölkerung war dadurch erst auf die neuen Waldschutzmöglichkeiten aufmerksam gemacht worden und hatte daraufhin ihre Anliegen zur Sprache gebracht. Die Prüfer gaben diese an die Firma weiter, welche schließlich ein für die Gemeinschaft wichtiges Waldstück vom Einschlag ausschloss.

Ein weiteres Beispiel ist ein zertifiziertes Unternehmen in Karelien, das ein in einem Wasserschutzgebiet gelegenes Waldstück auf seinem Pachtgebiet von Fällungen zur Bestandspflege ausnahm, weil das Areal für die lokale Gemeinschaft einen großen Erholungswert besaß. In diesem Fall hatten die Anwohner von den geplanten Maßnahmen erfahren und die Initiative ergriffen. Bei einer Versammlung, zu der auch Vertreter des Forstbetriebs geladen waren, machten sie ihre ablehnende Haltung zum geplanten Einschlag deutlich – und wurden gehört. In diesem Fall wussten die Anwohner bereits von ihren neuen Rechten: Die betroffene Firma hatte mit Zertifizierungsexperten einer NGO zusammengearbeitet, die ihr halfen, die lokale Bevölkerung zu informieren, aber auch Streit und potentielle Konflikte zu lösen. Letzten Endes konnte die Firma durch den Erhalt dieses Waldstücks ihr Image vor Ort verbessern. Der lokalen Bevölkerung dagegen blieb nicht nur ihr Erholungs- und Angelrevier erhalten, sondern ihr wurde auch das Bewusstsein vermittelt, dass ihre Stimme gehört wird und ihr Engagement einen Einfluss auf Entscheidungen bei der Waldnutzung haben kann – letztlich also ein Beitrag zur staatsbürgerlichen Verantwortung.

Ähnlich war auch der Fall eines Waldfriedhofs unweit der finnischen Grenze in Karelien gelagert. Auch hier war das Gelände Teil des Pachtgebiets einer Firma, die die FSC-Zertifizierung beantragt hatte, und auch hier war es ein von der Firma beauftragter Sozialexperte, der die Anwohner informierte und ihnen half, ihr Anliegen zu formulieren. Der Friedhof, der mit seinen Gräbern aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg ein wichtiger Erinnerungsort für die Anwohner auf beiden Seiten der Grenze ist, blieb daraufhin vom Holzeinschlag ausgenommen, und die Firma erfüllte die Anforderungen für eine Zertifizierung.

Allerdings sind auch zertifizierte Firmen nicht immer in der Lage, den Erhalt der von ihnen gepachteten geschützten Waldstücke wirklich zu gewährleisten. Ein Gegenbeispiel ist der systematische illegale Holzeinschlag in einigen Wäldern des Gebiets Leningrad, darunter auch in Pachtgebieten FSC-zertifizierter Firmen. Über mehrere Jahre waren hier immer wieder „Schwarzfäller“ unterwegs, die die Mitarbeiter der Forstbetriebe bedrohten, als diese den illegalen Holzeinschlag verhindern wollten. Die betroffenen Holzfirmen selbst – sie gehörten internationalen Konzernen mit Sitz in

¹⁷ Marija Tysjačnjuk, Antonina Kuljasova, Ivan Kuljasov, O. Malec: Organizacija raboty s naseleniem v svjazi s sertifikaciej po sisteme FSC: vypolnenie principov 1, 3, 4, 9, in: Ustojčivoje lesopol'zovanie, 1/2007, S. 37–42.

Skandinavien an, waren nach FSC-Standards zertifiziert und hielten internationale Sozial- und Umweltstandards ein – verhielten sich zwar selbst in jeder Hinsicht gesetzeskonform, waren aber nicht imstande, sich gegen das kriminelle System des illegalen Holzeinschlags durchzusetzen, das sich dank korrupter Beamter, skrupelloser Geschäftemacher und Mängel in der Gesetzgebung etabliert hatte.

Solange die Schwarzfäller über Vertriebskanäle für das illegal geschlagene Holz und über Verbündete in den Behörden verfügten, gab es für die Firmen praktisch keine legale Möglichkeit, sie aufzuhalten. Umgekehrt profitierten die Schwarzfäller oft von der Vorarbeit der zertifizierten Betriebe, in dem sie deren Anfahrtswege nutzten, um dann die von Fällungen ausgenommenen Areale – oft wichtige Lebensräume, Wasserschutzgebiete und ähnliche Objekte – abzuholzen. Unter den Folgen litten sowohl die zertifizierten Firmen als auch die örtliche Bevölkerung.

Bilanz und Ausblick

Am Beispiel der zertifizierten Forstwirtschaft zeigen sich deutlich die positiven Folgen der Globalisierung für die Ökologie der russländischen Wälder. Sie verringert die Gefahr illegalen Holzeinschlags und vermindert den Umfang der aus Sicht internationaler Umwelt-NGOs und lokaler Gemeinschaften illegitimen Einschläge. Gleichzeitig bietet die Zertifizierung allein – ohne die Mithilfe der staatlichen Forstschutzstellen – keine Sicherheit vor Schwarzfällern.

Die Entwicklungsprognosen zum illegalen Holzeinschlag sind nicht eindeutig. Einerseits ist zu erwarten, dass die Menge illegaler Holzeinschläge zum Eigenbedarf durch die lokale Bevölkerung zunehmen wird, da die neue Gesetzgebung in Russland das Genehmigungsverfahren für Holzeinschlag zum Eigenbedarf komplizierter gemacht hat. Andererseits wird die Menge halb- und illegaler Holzeinschläge zu kommerziellen Zwecken abnehmen, da sich internationale Mechanismen wie FLEG und die freiwillige Zertifizierung schnell entwickeln und so die Absatzmärkte für illegales Holz beschnitten werden. Zudem beendet die neue Gesetzgebung auch die Praxis der „Bestandspflege“ mit kommerziellem Hintergrund seitens der öffentlichen Forstbetriebe, da sie die alten Strukturen der Forstverwaltung abgeschafft und die Waldpflege den Pächtern auferlegt hat. Die beschriebenen Beispiele illegalen Holzeinschlags und seiner Bekämpfung zeigen zudem, dass eine Gemeinschaft informierter Anwohner in der Lage sein kann, dem illegalen Holzeinschlag entgegenzuwirken.

Gerade die Zusammenarbeit lokaler und globaler Akteure auf verschiedenen Ebenen kristallisiert sich als wirksames Mittel gegen Waldzerstörung und Raubbau heraus. Eine besonders wichtige Rolle spielen dabei die NGOs, die oft als Initiatoren oder Katalysatoren einer „Ökologisierung“ von Firmenpolitik auftreten und ohne die die Zertifizierungs-Mechanismen bedeutend weniger effektiv wären. An vielen Beispielen zeigt sich, dass gelungene Maßnahmen zum Waldschutz nicht nur der Umwelt, sondern auch der Zivilgesellschaft nützen: Das Wissen, dass man Holzfäller aufhalten kann, wenn man die Gesetzeswidrigkeit ihres Vorgehens nachweist und dabei engagiert und klug, gemeinsam und entschlossen handelt, stärkt das Vertrauen der Bürger in ihre eigenen Kräfte.

Aus dem Russischen von Hartmut Schröder, Berlin